

11. Beratung: 1. Änderung der Richtlinie zur Arbeit und Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Naturschutzbeirates und ihrer Stellvertreter im Landkreis Oder-Spree vom 1. Oktober 2015
Beschlussvorlage: 010/2023
12. Beratung: Bestellung einer Amtsärztin für das Gesundheitsamt Oder-Spree
Beschlussvorlage: 008/2023
13. Information zur "Absichtserklärung zur Gründung einer Jugendberufsagentur im Landkreis Oder-Spree"
14. Sonstiges

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 16. November 2022 - nichtöffentlicher Teil
2. Sonstiges

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, Herr Lindemann, eröffnet die 31. Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Er gibt bekannt, dass Herr Dr. Berger und Herr Gebauer online zugeschaltet sind, ebenfalls Frau Bettina Lehmann, die als Nichtmitglied des Kreisausschusses ihr passives Teilnahmerecht wahrnimmt.
Die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Dr. Pech bittet um die Aufnahme eines zusätzlichen Punktes – Sonstiges – sowohl im öffentlichen als auch im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Lindemann stellt dies zur Abstimmung, Einstimmigkeit wird festgestellt.

Ferner gibt der Vorsitzende bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 12 entfernt bzw. zurückgestellt werde, ohne Unterbreitung eines weiteren Personalvorschlages.

Im nichtöffentlichen Teil wird nach TOP 1 der neue TOP 2 – Sonstiges – behandelt.

Herr Lindemann bittet nun um Abstimmung über die Tagesordnung.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 16. November 2022 -
öffentlicher Teil**

Der Vorsitzende hinterfragt, ob es Einwände zu der Niederschrift vom 16. November 2022 –
öffentlicher Teil – gebe.

Das wird nicht festgestellt, so dass er um Abstimmung bittet.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 4 Beratung: Vorschlagsliste der Personen für die Wahl ehrenamtlicher
Richter für das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg für die
fünfjährige Amtszeit ab 19. August 2023
Vorlage: 001/2023**

Herr Lindemann übergibt das Wort an Herrn Buhrke, der Ausführungen zum Verfahren gibt.

Herr Buhrke informiert, dass man in der Gestaltung des Verfahrens als Mitglied des Kreistages
und vorbereitend des Kreisausschusses relativ frei in der Wahl des Verfahrens sei. Man müsse
sich lediglich zu einem Verfahren verständigen. Da es mehr Bewerber als Plätze gebe, müsse
eine Auswahl getroffen werden.

Nach kurzer Beratung habe man sich zur Wahrung der Chancengleichheit für das Losverfahren
entschieden. Die Ziehung nimmt der an Lebensjahren älteste Abgeordnete unter den
anwesenden Mitgliedern vor. Für die Wahl der Vertrauenspersonen solle man das Verfahren
analog anwenden.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über diese Verfahrensweise.

Es wird Einstimmigkeit festgestellt.

Für die Aufnahme in die Vorschlagsliste wurden durch Herrn Dr. Pech folgende Personen aus
der Lostrommel gezogen:

1. Herr Klaus Kükenshöner, Woltersdorf
2. Frau Sandra Domke, Woltersdorf
3. Herr Reinhard Nikolaizik, Woltersdorf
4. Herr Reinhard Ksink, Fürstenwalde
5. Frau Barbara Kutsche, Vogelsang
6. Herr Klaus Rundorf, Bad Saarow
7. Herr Berthold Gries, Schöneiche

Herr Lindemann bittet nun um Zustimmung über die verlesende Vorschlagsliste.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 5 Beratung: Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahlausschüsse bei den Amtsgerichten Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde/Spree
Vorlage: 002/2023**

Herr Lindemann bittet Herrn Dr. Pech zunächst um die Ziehung von drei Losen für den Wahlausschuss am Amtsgericht Frankfurt (Oder). Folgende Personen wurden gezogen:

1. Herr Stefan Zimmermann, Mixdorf
2. Frau Silke Kleemann, Neißemünde
3. Frau Katharina Müller, Müllrose

Für den Wahlausschuss am Amtsgericht Fürstenwalde/Spree wurden sieben Lose gezogen:

1. Frau Madlen Wollburg, Spreenhagen
2. Herr Klaus Rundorf, Bad Saarow
3. Herr Hannes Vierus, Fürstenwalde
4. Frau Ute Vogel, Langewahl
5. Frau Sabine Fürst, Bad Saarow
6. Herr Siegfried Wendt, Fürstenwalde
7. Herr Bernd Saliter, Fürstenwalde

Herr Lindemann bittet nun um Zustimmung der zwei Vorschlagslisten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 6 Beratung: Baubeschluss für die Sanierung und Erweiterung Juri-Gagarin-Oberschule in Fürstenwalde
Vorlage: 003/2023**

Der Vorsitzende informiert, dass es von der Fraktion DIE LINKE einen Änderungs-/Ergänzungsantrag zu dieser Vorlage gebe.

Herrn Dr. Stiller wird das Wort erteilt. Er begründet im Namen seiner Fraktion, dass man mit diesem Ergänzungsantrag eine Klärung zum Punkt PV-Anlage wünsche, trotz ausführlicher Beratung im Fachausschuss. Im Vortrag des Architekten sei nämlich derzeit eine PV-Anlage auf dem Dach der Schule nicht geplant. Seitens der Fraktion komme deshalb der Vorschlag, so wie es in der Sachdarstellung stehe, Solaranlagen auf das Dach zu bringen.

Herr Gehm ergreift das Wort und erklärt, dass die Verwaltung nicht grundsätzlich gegen Solaranlagen sei. Er führt an, dass es verschiedene Möglichkeiten für die Installation einer solchen Anlage gebe und hebt hervor, dass die Installation mittels einer Genossenschaft von Vorteil sei, da man keine liquiden Mittel binden müsse und es sich im Idealfall aus dem Verbrauch finanziere. Hierfür sei aber die Erfassung des tatsächlichen Verbrauches notwendig. Da bei der Sanierung und Erweiterung der Juri-Gagarin-Oberschule große Eingriffe in dem Bestandsgebäude vorgenommen werden, könne man hier den tatsächlichen Verbrauch erst im Betrieb feststellen. Generell seien Schulen mit Ferienzeiten etc. diffiziler zu berechnen als eine Verwaltung. Insofern schlage er vor, die Frage PV-Anlage auf nach der Inbetriebnahme der Schule zu verschieben, um dann die tatsächlichen Verbräuche im Tagesschnitt zu erfassen. Im Zweifelsfall wäre eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzunehmen.

Herr Luhn schließt sich der Meinung von Herrn Gehm an und bittet die Antragsteller, die Ergänzung so zu formulieren, die Anlage zu errichten, wenn die absolute Wirtschaftlichkeit gegeben sei.

Herr Papendieck meldet sich zu Wort und ist der Ansicht, den Änderungsantrag durchaus nachvollziehen zu können. Er plädiert aber auch auf eine spätere Integration der PV-Anlage, damit man mit dem Bauvorhaben vorankommen kann und es zu keinen Verzögerungen komme. Aufgrund dessen würde seine Fraktion diesen Antrag zum jetzigen Zeitpunkt unpassend finden.

Auf Nachfrage von Herrn Heisel hinsichtlich der von Herrn Papendieck genannten Verzögerungen, werde Herr Gehm bis zum kommenden Kreistag Auskunft geben.

Frau Siebke unterstützt die von Herrn Gehm genannte Herangehensweise, da im Fachausschuss ausführlich über dieses Bauvorhaben gesprochen worden sei. Sie betont nochmals die Notwendigkeit der planmäßigen Ausführung des Baues, weil die Schüler diese Schule brauchen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass man dem allgemeinen Tenor entnehmend, für diese Solaranlage auf dem Schuldach sei, es aber noch einzelne Punkte zu klären gebe und man sich den Vorschlag als Verwaltung zu eigen machen werde, unter der Voraussetzung, dass die Haushaltsvorsorge hierzu getroffen ist. Zu gegebener Zeit werde man selbständig dieses Thema aufgreifen, zur Diskussion stellen und Restfragen klären.

Herr Dr. Stiller ist anderer Meinung und wünscht, den Ergänzungsantrag im kommenden Kreistag noch einmal einzubringen, um ausführlichere Aussagen seitens Herrn Gehm zu bekommen.

Der Vorsitzende hält dagegen, dass man diese Vorlage ausführlich in den Ausschüssen beraten habe und kein großer Wert auf die Berücksichtigung der Solaranlage gelegt worden sei. Man könne nicht pauschal auf das Klimaschutzkonzept verweisen, da alles unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit stehe.

Herr Dr. Pech zieht daraus den Schluss, dass er sich jetzt, aus Sicht der Verwaltung hinsichtlich der Zweckmäßigkeit, vorstellen könne, den Tenor so zu bestimmen, dass der Auftrag zur Realisierung einer solchen Anlage Bestandteil des Beschlusses ist und nicht unausgesprochen stehen bleibe. Er sehe keine weitere Notwendigkeit der Beschlussfassung durch den Kreistag, wenn dieses Thema wieder selbständig zum gegebenen Zeitpunkt aufgerufen werde.

Herr Schroeder meldet sich zu Wort und plädiert dafür, über den Änderungsantrag in vorliegender Form abzustimmen, außer der Antragsteller ändere ihn noch einmal. Er zeigt auf, welchen Aufwand eine geänderte Druckvorlage nach sich ziehe, wenn die Verwaltung sich dieses Thema zu eigen machen würde, da die Vorlage an sich schon in den Ausschüssen behandelt worden sei und in geänderter Form diese noch einmal durchlaufen werden müsse.

Herr Dr. Pech könne sich vorstellen, in vorgenannter Form zu verfahren, dass die Vorlage angepasst und als Tischvorlage eingebracht werde. Es gehe ihm lediglich um eine vernünftige Regelung.

Der Vorsitzende bittet jetzt um die Abstimmung der Vorlage, die dem Kreistag in vorliegender Form zugeleitet werde.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 3

**Zu TOP 7 Beratung: Ordnung über die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Landkreis Oder-Spree zugelassenen Taxen (Taxentarifordnung) vom 1. März 2023
Vorlage: 006/2023**

Weiterer Erläuterungsbedarf wird nicht festgestellt. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 8 Beratung: ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2023 des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV
Vorlage: 005/2023**

Auch hier wird kein Erläuterungsbedarf festgestellt. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 9 Beratung: Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 004/2023**

Diskussionsbedarf besteht nicht. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 10 Beratung: Beschlussfassung über die Entlastung des Landrates des Landkreises Oder-Spree für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 007/2023**

Der Vorsitzende, Herr Lindemann, erklärt, dass er an der Abstimmung aus Befangenheitsgründen nicht teilnehmen werde.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Papendieck, übernimmt das Wort und hinterfragt, ob es Einwände oder Beratung gebe. Das wird nicht festgestellt. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 11 Beratung: 1. Änderung der Richtlinie zur Arbeit und Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Naturschutzbeirates und ihrer Stellvertreter im Landkreis Oder-Spree vom 1. Oktober 2015
Vorlage: 010/2023**

Einwände oder Bedenken werden nicht festgestellt. Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 12 Beratung: Bestellung einer Amtsärztin für das Gesundheitsamt Oder-Spree
Vorlage: 008/2023**

Wie eingangs genannt, wird diese Beschlussvorlage zurückgezogen.

zurückgezogen

Zu TOP 13 Information zur "Absichtserklärung zur Gründung einer Jugendberufsagentur im Landkreis Oder-Spree"

Der Vorsitzende stellt Herrn Keipke von der Bundesagentur vor, der gegebenenfalls auch auf Fragen antworten könne.

Zunächst wird Frau Zarling das Wort erteilt, welche auf die Hintergründe dieser Absichtserklärung kurz eingeht.

Der Wortlaut der Absichtserklärung liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei.

Fragen zu dieser aufschlussreichen Information gibt es nicht.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 14 Sonstiges

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn Dr. Pech, der um diesen zusätzlichen Punkt gebeten habe.

Herr Dr. Pech erklärt, dass er auf zwei Punkte aufmerksam machen möchte, ohne es formal als Antrag über den Kreistag einleiten zu müssen.

Zum einen gehe es um einen weit zurückliegenden Kreistagsbeschluss für die Neuerrichtung eines Seniorenheimes in Eisenhüttenstadt, wo aus Sicht des Landkreises dieses Thema aufgegriffen werden solle, um den Stand der Entwicklung deutlich zu machen. Hintergrund dieser Nachfrage seien zurückliegende Medienberichte.

Der zweite Punkt, auch wieder durch Medien veranlasst, gehe um die Unterbringung von Flüchtlingen. Hier gebe es Beschwerden seitens des Landkreistages. Herr Dr. Pech erbittet Antwort, ob der Landkreis Oder-Spree in dieser Sache mit einbezogen sei und wie es aus Sicht der Kreisverwaltung zu dieser Fragestellung aussehe.

Der Vorsitzende übergibt zur Klarstellung des ersten Punktes das Wort an Herrn Buhrke. Herr Buhrke informiert, dass sich die Suche nach einem geeigneten Standort etwas kompliziert darstelle. Inzwischen sei aber ein Grundstück gekauft und die Planung in Auftrag gegeben. Die Finanzierung werde derzeit geklärt. Als Kreistag werde man zum gegebenen Zeitpunkt, hinsichtlich der Gestaltung der Kostenbeteiligung, noch einmal damit befasst sein. Ohnehin sei am Grundstück selbst geplant, einen Pressetermin zu organisieren, um die vielen Anfragen zu erledigen.

Der Vorsitzende nimmt sich der zweiten Frage von Herrn Dr. Pech an und informiert, dass man voll hinter dem Beschluss des Landkreistages Brandenburg als auch hinter dem Deutschen Landkreistag stehe. Man teile auch den dringenden Wunsch des Präsidenten Landrat Sagers, möglichst schnell zu einem Gipfeltreffen im Kanzleramt zusammen zu kommen.

Den Druck in unserem Landkreis spüre man gleichwohl, zumal man keine klare Planungsgrundlage habe. Er verweist auf eine Prognose aus Dezember 2022, dass man im Jahr 2023 etwa 2.507 Personen, ähnlich wie im letzten Jahr, unterzubringen hätte. Jüngsten Vorhersagen habe man etwa 1.700 Personen unterzubringen.

Frau Zarling greift zur Konkretisierung ein und erhält das Wort. Sie unterrichtet, dass das Aufnahmesoll für unseren Landkreis für 2023 bei 1.607 Personen liege. Abzüglich freier Kapazitäten, in Gemeinschaftseinrichtungen und Wohnungen, müsse man in 2023 noch 1.000 Plätze für die Unterbringung von Flüchtlingen schaffen.

Frau Zarling wird zur Konkretisierung das Wort erteilt. Das Aufnahmesoll sei dem Landkreis mitgeteilt worden. Es beträgt für 2023 – 1.607 Personen, die aufzunehmen sind. Freie Kapazitäten gebe es in unseren Gemeinschaftseinrichtungen und auch in Wohnungen. Abzüglich der freien Kapazitäten müsse man dennoch in 2023 – 1.000 Plätze für die Unterbringung der Flüchtlinge schaffen. Sie gibt zu verstehen, dass wir in Brandenburg der zweite Landkreis mit den meisten aufzunehmenden Schülern seien. Man stoße insbesondere im Schulbereich, in den Kindertagesstätten und besonders in der Gesundheitsvorsorge an Grenzen und sei nicht mehr aufnahmefähig für weitere Schüler. Hinzuzurechnen sei ebenso der Mangel an Fachkräften.

Der Vorsitzende ergänzt weiter, dass die Finanzierungsgrundlage noch nicht so sei, dass man damit planen könne. Die Landesregierung habe sich zwar dafür eingesetzt, dass man finanziell ausgeglichen wurde, allerdings erst zum Ende 2022. Er schildert weiter, dass man am Anfang des Jahres noch nicht wisse, ob die prognostizierten Zuweisungen bestehen bleiben. Es gebe eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Thematik Unterkunft befasse und deren Ergebnisse selbstverständlich dem Kreistag zur Verfügung gestellt werden.

Herr Papendieck hinterfragt nach dem aktuellen Stand hinsichtlich der Gemeinschaftsunterkünfte und Wohnungen in Schöneiche.

Der Vorsitzende informiert, dass dieses Bauvorhaben wieder neu in die Diskussion gekommen sei und auf der Liste der Arbeitsgruppe stehe.

Herr Gehm fügt hinzu, dass er weitere Informationen hierzu nachreichen werde.

Weitere Fragen gibt es nicht.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt – Sonstiges – und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Rolf Lindemann
Vorsitzender des
Kreisausschusses

Birgit Richter
Protokollantin